

Bezugspreis:
Vierteljährlich 36.— M., monatlich 12.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Vierteljährlich 36.— M., einjährig 72.— M., einschließlich Post-
gebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar-
und Elsassgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Ostpreußen, Ost-
preußen und Bayern 22.— M., für
das übrige Ausland 24.— M. Die
Bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechien, Rumänien, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Bildung und Reizgarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kuzigenpreis:
Die neugegründete Romanzeitschrift
„Kleine Anzeigen“ hat seitgegründet Wort 2.— M. (je-
weilig zwei seitgegründete Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Adressen Zelle 2.50 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Postamt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moriusplatz 15195-97
Expedition Moriusplatz 11753-54

Mittwoch, den 2. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Moriusplatz 11753-54

Die Preußenkrise.

Das Preussische Abgeordnetenhaus, das morgen zugleich mit dem Reichstag wieder zusammentreten sollte, wird voraussichtlich vertagt werden, um für Verhandlungen über die neue Regierungsbildung Zeit zu schaffen.

In der heutigen Morgenpresse spiegelt sich die Ueber-
raschung, die der Rücktritt des Kabinetts
Stegerwald hervorgerufen hat, wider, doch ist von einer
so starken Erregung, wie sie seinerzeit beim Rücktritt des Ka-
binetts Ritt bei den Parteien zu bemerken war, nichts zu
spüren. Natürlich ist es vor allem die Presse der Rechten,
die den Sturz des von ihr gestützten Preußenkabinetts beklagt.
Die „Deutsche Zeitung“ „bedauert“ den Rücktritt. Die
„Kreuzzeitung“ klagt wieder einmal über roten Terror
und hofft, das Zentrum werde an seinem Grundsatz, mit der
Sozialdemokratie nicht ohne die Volkspartei zu gehen, festhalten.
Die „Deutsche Tageszeitung“ beklagt, daß Stegerwald
die Platte ins Korn werfe, und schimpft auf die Demokra-
ten, die den Sozialdemokraten in den Sattel helfen wollten.
Der „Volk-Anzeiger“ zeteriert über einen „sozialdemokra-
tischen Gewaltstreich“ und rechnet eine knappe Mehrheit der
Rechten und des Zentrums aus, die Stegerwald wiedewählen
könnte.

Die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeit-
ung“ feiert Stegerwald als den Mann dessen Herz an der
„großen“ Koalition gegangen habe, und hofft, es werde mög-
lich sein, ihm auch weiter eine führende Stellung in der preußi-
schen Staatspolitik zu sichern. Vorläufig lägen die Dinge aber
„fast verzweifelt“.

Im „Berliner Tageblatt“ gibt Dombrowski zu,
daß das Kabinett Stegerwald gar nichts zustande gebracht hat,
und daß es nach der „mehr als merkwürdigen Haltung der
Deutschen Volkspartei“ recht zweifelhaft ist, ob die große
Koalition zustande zu bringen sein wird. Er will daher ein

Kabinett der alten Koalition als „Übergangskabinet“
gelten lassen. Auch die „Bosnische Zeitung“ glaubt an
ein solches Übergangskabinet.

Die „Freiheit“ sieht nur zwei Möglichkeiten: entweder
ein Kabinett der energischen Reformen oder schärfsten Kampf
der gesamten Arbeiterchaft gegen die Fortsetzung des reaktio-
nären Kurzes. Und die „Rote Fahne“ schreit wie alle
Tage: „Stinnes vor den Toren!“

So die Berliner Presse. Das „Übergangskabinet“
scheint im Vordergrund der Erwartungen zu stehen. Die Bil-
dung einer anderen Regierung scheint in der Tat unmöglich,
da schließlich jede Regierung den „Übergang“ zu einer anderen
Regierung darstellt. Bloß wie lange der Übergang dauert
und wohin er führt, das weiß man nicht, und das läßt sich
durch schlaue Taktik nicht bestimmen. Davon, wie sich die
politischen Kräfte im Volk selbst entwickeln, wird es ab-
hängen, was nach dem „Übergangskabinet“ in Preußen
kommen wird.

Der Hauptausschuß tagt nicht weiter.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages erörterte
heute vormittag die Frage, ob es angesichts der Regierungs-
krise angängig sei, in der sachlichen Beratung fortzufahren. Die
Rechtsparteien waren für Weiterberatung, die Linksparteien
wandten dagegen ein, daß man unmöglich den Etat behandeln
könne, ohne daß die Regierung in der Lage wäre, bindende
Erklärungen abzugeben. Das Zentrum enthielt sich der Stel-
lungnahme. Schließlich wurde beschlossen, vorläufig auf die
Weiterberatung zu verzichten. Am Donnerstag wird das
Plenum voraussichtlich nur eine Erklärung des Präsidenten
Veinert über den Rücktritt der Regierung entgegennehmen,
und sich dann vertagen, bis eine neue Regierung gebildet sein
wird.

Einige oberschlesische Fragen.

Von Heinrich Köppler, Oberschlesien, WDR.

Nach dem Anhang zu Artikel 88 des Friedensvertrages
war stimmberechtigt in Oberschlesien jede Person ohne Unter-
schied des Geschlechts, die am 1. Januar des Jahres, in dem
die Volksabstimmung stattfand, das 20. Lebensjahr vollendet
hatte und im Abstimmungsbezirk „geboren war oder dort seit
einem von dem Ausschuß (Interalliierte Kommission in Doppel-
D. B.) festzusetzenden Zeitpunkt, der aber nicht nach dem
1. Januar 1919 liegen darf, ihren Wohnsitz“ hatte.

Als das Abstimmungsreglement gegen Ende des vorigen
Jahres ausgearbeitet wurde, unterbreitete Herr Korfanty,
der polnische Plebiszitkommissar, der Interalliierten Kom-
mission den Vorschlag, zu bestimmen, daß die in die Ab-
stimmungszone eingewanderten Personen nur dann stim-
mberechtigt sein sollten, wenn ihr Zuzug vor dem 1. Januar
1900 erfolgt sei. Die französischen Mitglieder der Inter-
alliierten Kommission waren bereit, diesen Vorschlag anzu-
nehmen, während andere Staatenvertreter Einspruch erhoben.
Schließlich einigte man sich, daß die in das Abstimmungs-
gebiet zugezogenen Personen stimmberechtigt sein sollten, wenn
der Zuzug vor dem 1. Januar 1904 erfolgt war. Damit
war der Vorschlag der Polen zu 75 Proz. angenommen.
Dr. Breitscheid wird natürlich sagen, daß die Inter-
alliierte Kommission formal im Recht war, denn der 1. Januar
1904 sei nicht nach dem 1. Januar 1919. Niemand kann aber
behaupten, daß der oberste Gesetzgeber, der Interalliierte hohe
Rat, diese weite Zurücksetzung gewollt hat, denn der Artikel 91
des Friedensvertrages sagt, daß „deutsche Staatsangehörige
und ihre Nachkommen, die sich nach dem 1. Januar 1908 in
jenen Gebieten (Oberschlesien) niedergelassen haben, die pol-
nische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Ermächtigung
des polnischen Staates erwerben“. Anders ausgedrückt heißt
das, daß der hohe Rat bei Abfassung des Friedensvertrages
der Meinung war, daß alle vor dem 1. Januar 1908 nach
Oberschlesien zugezogenen Personen als heimisch zu betrachten
seien, so daß sie ohne weiteres die polnische Staatsangehörigkeit
erwerben, wenn das Land oder ein Teil von ihm an Polen
fällt. Die Interalliierte Kommission hielt sich aber nicht an
dieses Datum, sondern griff noch 4 Jahre zurück.

Durch diese von den Polen beantragte und von der Inter-
alliierten Kommission verfügte Zurücksetzung wurden wenig-
stens 150 000 Deutsche rechtlos gemacht, ihnen das nach dem
Friedensvertrag mögliche Stimmrecht genommen. Dadurch
wurden ungefähr soviel in Oberschlesien wohnhafte Personen
vom Volkentscheid ausgeschlossen, als durch die auf Grund
des Friedensvertrages berechnete Teilnahme der Reichsober-
schlesier, oder wie die Polen sagen „Emigranten“, Wähler in
das Land hineinkamen. Hat der Völkerbundrat von dieser
gegen die deutschen Arbeiter, Beamten, Kaufleute und Tech-
niker, die in dieses Gebiet gezogen und dort sesshaft sind, seine
Industrie bis zur heutigen Höhe entwickeln und das Land zur
Blüte bringen helfen, ausgeübten Ungerechtigkeiten Kenntnis
genommen und wie hat er sie bewertet?

Weiter. Bei der Volksabstimmung wurden 1 286 758
gültige Stimmen gezählt. Hiervon votierten für Deutschland
707 393 = 62,746 Proz. und für Polen 479 365 = 37,254 Proz.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Deutschen Statisti-
schen Amtes hatte die Abstimmungszone 1 950 000 Einwohner.
Nach denselben Feststellungen und unter Beachtung der vom
Völkerbundrat vorgeschlagenen Grenzlinie werden von diesen
Einwohnern 985 000 = 57 Proz. bei Deutschland verbleiben
und 965 000 = 49 Proz. Polen zugewiesen werden. Entspricht
diese Verteilung der Willensumgebung der Bevölkerung, wie
sie am 20. März 1921 zum Ausdruck kam?

Polen hat eine sehr eifrige Propaganda betrieben, daß
die Stimmen der „Emigranten“ nicht voll bewertet werden
dürften. Frankreich hat Polen eifrig bei diesem Verlangen
unterstützt. Schon am 24. Mai 1921 führte der französische
Ministerpräsident Briand in seiner Rede über Oberschlesien
in der französischen Kammer aus:

„Polen hatte gute Gründe zu glauben, daß ihm Oberschlesien
zufallen würde. Aber es haben 180 000 in Oberschlesien geborene
Deutsche mitgestimmt.“

Die Abstimmung war gemeinsam und geheim. Kann ein
Mensch wissen, wie diese Leute, die zur Volksabstimmung nach
Oberschlesien gingen und nicht nur aus Deutschland, sondern
auch aus Polen und vielen anderen Staaten kamen, gestimmt
haben? Seht ist natürlich offenbar, warum vor der Volks-
abstimmung von Polen und von der Entente so eifrig befür-
wortet wurde, die außerhalb Oberschlesiens wohnenden
Stimmberechtigten, etwa in Köln oder sonst in einer von der
Entente besetzten deutschen Stadt abstimmen zu lassen. Man
wollte sich die Kontrolle erleichtern über das Votum der „Emi-
granten“. Nun aber behaupten dennoch französische Zeitungen,
daß die vorgeschlagene Grenzlinie der Willensumgebung der
Stimmberechtigten entspreche, nach Abzug der aus
Deutschland nach Oberschlesien geeilten
Wähler! Hat der Völkerbundrat den ungeheuerlichen Mut

Nur ein Uebermittlungsfehler.

Rotterdam, 2. November. (Dl.) In dem Bericht über die
Rede Lloyd Georges im Unterhaus war gefast worden, daß ein
Teil des Beweismaterials dafür, daß Waffenschiffungen nach Ir-
land vorbereitet wurden, auf eine Aktion der deutschen Regierung
hinweise. Hier liegt ein Uebermittlungsfehler vor. Lloyd
George sagte in Wirklichkeit, ein Teil dieses Beweismaterials
sei einer Aktion der deutschen Regierung zu verdanken.

Lloyd George reist nicht.

London, 2. November. (WTB.) „Daily Chronicle“ berichtet,
daß Lloyd George seinen Platz auf der „Aquitania“, die Sonnabend
nach Amerika geht, abbestellt hat.

London, 2. November. (WTB.) „Times“ berichtet, die Stim-
mung sowohl in Sinnfeiner- als auch in Regierungskreisen sei für
die Aussichten der irischen Konferenz wieder hoffnungsvoller.
Laut „Daily Mail“ sucht die Konferenz jetzt eine Lösung auf einer
ganz Irland umfassenden Grundlage. Es würde daher nicht über-
raschend sein, wenn demnächst Craig eine Einladung erhalten sollte,
als Vertreter Ulsters an der Konferenz teilzunehmen. „Daily
News“ zufolge muß die Grenze Ulsters und insbesondere die Frage
der Zugehörigkeit Tyrone und Fermanaghs entschieden werden.
Wenn die Konferenz wegen dieser Frage scheitern sollte, würde Lloyd
George eher zurücktreten als das Land vor einen neuen Bürger-
krieg stellen.

Englische Stadtverordnetenwahlergebnisse.

Erfolge der Arbeiterpartei und der Asquith-Liberalen.
London, 2. November. (WTB.) Bei den gestrigen Ge-
meinderatswahlen, die in über dreihundert Stadtbe-
zirken von England und Wales stattfanden, gewannen
nach den bis Mitternacht bekanntgegebenen Ergebnissen die Ar-
beiterpartei 78 Sitze (sie verlor 42 Sitze), die Konser-
vativen 23 (Verlust 50), die Liberalen 16 (Verlust 60), die Un-
abhängigen (Asquith-Liberalen) 46 (Verlust 15).

Danach haben die beiden oppositionellen Link-
parteien auf Kosten der Koalitionsparteien Stimmen und Sitze
gewonnen.

Nur keine Illusionen!

London, 1. November. (WTB.) Bei der heute nachmittags im
französischen Institut unter dem Vorsitz Poincarés abgehaltenen
Zeremonie hielt der englische Unterrichtsminister Fisher eine
Rede, in der er u. a. sagte, in der Entente hätte es Meinungsver-
schiebenheiten gegeben, die unvermeidlich seien und die sich auf
sekundäre Fragen bezögen. In der Hauptfrage, auf die
es allein ankomme, nämlich die Sicherung der französischen Grenzen
gegen jede neue Invasion, liege es im Interesse Frankreichs und
Englands, solidarisch zu bleiben.

Das heutige Frankreich des Bloc national versteht unter dieser
Sicherung bekanntlich eine unaufhörliche Serie von Maßnahmen
zur Aufsperrung des wohnsinnigen Nationalismus in
Deutschland. Nach Herrn Fisher gedenkt England also auch weiter-
hin dabei mitzumachen oder es schweigend zu dulden.

Wer macht den Gewinn?

London, 2. November. (CP.) Poincaré ist gestern von der
englisch-französischen Universitätsgruppe empfangen worden. Er
brachte Trinksprüche auf den König aus, wobei er ihn als König
von Großbritannien und Irland anredete. In seiner Antwort-
rede protestierte Bonar Law gegen die Legende, die in
Frankreich England als den Kriegsgewinnler darstellt, während
im Gegenteil Großbritannien eine ungeheure Schuldlast zu tragen
hätte, die seinen Handel und seine Industrie erlahmen lasse.

Die keine Wohnungsnot fühlen.

Bis zum 6. Oktober 1921 waren für die Besatzungstruppen in
Düsseldorf rund 1800 möblierte Wohnungen beschlagnahmt,
und zwar sowohl einzelne Zimmer wie auch größere Wohnungen,
bestehend aus Küche, Schlafzimmer, Wohnzimmer und Wohnzimmer.
Davon wurden am 6. Oktober noch benutzt 620 Wohnungen. Es
standen mithin leer: rund 1180. In Kasernen und Waffen-
quartieren lagen am 6. Oktober rund 2700 Unteroffiziere und Mann-
schaften. Die obengenannten möblierten Wohnungen waren aus-
schließlich für Offiziere und Säbelchergen mit ihren Familienange-
hörigen bestimmt. Die Besatzungsbehörde weigert sich, die 1180
leerstehenden Wohnungen für die Zivilbevölkerung freizugeben.

Starke Schwankungen am Devisenmarkt.

An der heutigen Berliner Börse setzte der Dollar mit 195 1/2
ein, d. h. 13 1/2 Mark über den gestrigen amtlichen Kurs. Im
Verlauf des Geschäftes ging jedoch der Kurs sehr rasch auf
181 zurück. Die Unsicherheit am Devisenmarkt wird motiviert
mit den widersprechenden Nachrichten über die Ereignisse der
Reise des Reichsbankpräsidenten Havenstein. Am Eifert-
markt scheint sich eine Krise vorzubereiten; bei den Banken
macht sich eine starke Häufung der Verkaufsaufträge des
Publikums bemerkbar. Die zahlreichen kleinen Spekulanten
versuchen in letzter Minute ihre Gewinne zu realisieren, sie
dürften aber zu spät kommen, da die Berufsspekulation ihre
Engagements vorsichtigerweise bereits gelöst hat.

Demokratischer Wahlerfolg in Ungarn.

Budapest, 2. November. (Jutel.) Die Wahlen in dem von
Südbanien geräumten Bezirk Baranya (Jänsscheu) ergaben einen
Sieg der kleinen Landwirte-Partei über die „Christlichen“ Regie-
rungsparteien, die nur einen Kandidaten, den Innenminister Ra-
dog, durchbringen konnten. Die übrigen Gewählten sind sämtlich
„Kleine Landwirte“ oder Parteiloze. Die Wahlen können als ein
Symptom für das Anwachsen der demokratischen Tendenzen in Un-
garn betrachtet werden.

zu einer zum Himmel schreienden Ungerechtigkeit besessen, die Zahl der aus Deutschland nach Oberschlesien zur Volksabstimmung geeilten Personen von der deutschen Stimmenzahl abzuziehen und dann diese „gerechte“ Entscheidung gefällig abzugeben und dann diese „gerechte“ Entscheidung gefällig abzugeben und dann diese „gerechte“ Entscheidung gefällig abzugeben.

Reichstag.

Freitag und Sonnabend Steuerdebatte.

Im Reichstag kommt am Donnerstag der sozialdemokratische Antrag über Aenderung des Lohnbeschlagnahmegesetzes zur Beratung, den Genosse Kasper begründen wird. Ihm folgt der demokratische Antrag über die Erhebung der Einkommensteuer.

Die Regierung wird voraussichtlich die Erklärung abgeben, daß sie von Montag ab zur Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über die Nahrungsmittelsteuerung und den Warenwucher bereit ist.

Am Freitag dürfte der Ernährungsminister Hermes, der mit der Führung der Geschäfte des Reichsfinanzministeriums betraut ist, die Steuervorlagen begründen. Die Generaldebatte hierüber wird voraussichtlich den Freitag und Sonnabend in Anspruch nehmen.

Schwurgericht und Volksgericht.

Die Diskussion über die Unabsehbarkeit der Richter ist in der letzten Zeit in Folge besonders hervorstechender Fälle einseitiger richterlicher Massenjustiz mit bemerkenswerter Schärfe geführt worden. Zu dieser Frage nimmt nunmehr im „Lokal-Anzeiger“ der Kammergerichtsrat Dr. Sontag Stellung, um im Anschluß an einige Ausführungen aus einer Schrift des Reichsjustizministers Genossen Kadbruch gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren. Der Verfasser glaubt, die Redaktion des „Vorwärts“ einer Unwissenheit überführt zu haben, weil sie das Urteil gegen den Eraberger-Attentäter v. Hirschfeld kritisiert habe, obwohl das Gericht ein Schwurgericht gewesen sei und damit doch den sozialistischen Anforderungen nach der Volksgerichtsbarkeit entsprochen habe.

Kritik am Besoldungsentwurf.

Zu den verschiedenen Veröffentlichungen in den letzten Tagen über die bevorstehende Neuregelung der Beamtenbesoldung ist eine Reihe von Zuschriften an uns gesandt worden, aus denen wir die folgende herausgreifen:

Bei Herausgabe der neuen Besoldungsordnung für die Beamten führte ein großer Teil der Presse aus, daß die neue Aufbesserung der Gehälter einer Erhöhung von 25 bis 30 Proz. zu dem bisherigen Gehalt gleich zu erachten sei. Diese Erklärung ist nicht nur völlig unrichtig, sondern auch geeignet, höchst irrtümliche Ansichten in der Öffentlichkeit zu erwecken. In Wirklichkeit beträgt der prozentuale Zuschlag der unteren Gehaltsklassen 10 bis 15 Proz., während er allerdings bei den höheren Stufen 30 Proz. und sogar wesentlich

darüber beträgt. Als Beispiel für die völlige Unhaltbarkeit der eingebrachten Vorschläge möchte ich folgendes anführen:

In der 1. Gehaltsklasse Stufe 2 betrug nach der früheren Besoldungstabelle das Gehalt folgende Höhe:

Grundgehalt jährlich	4 800 M.
Drittszuschlag jährlich	2 000 „
dazu ein 93-prozentiger Feuerungszuschlag	5 859 „
macht jährlich Sa. 12 159 M.	

Nach der neuen Gehaltsregelung kämen folgende Sätze in Betracht:

Grundgehalt jährlich	8 000 M.
Drittszuschlag jährlich	3 200 „
hierzu ein in Aussicht genommener 20-prozentiger Feuerungszuschlag	2 240 „
macht jährlich Sa. 13 440 M.	

Die in Frage kommende Gehaltsaufbesserung beträgt also gegenüber der alten Besoldung 1281 M. oder, prozentual berechnet, etwa 11 Proz.

Wie dieser geringe Zuschlag als Ausgleich für die inzwischen eingetretene enorme Teuerung anzusehen ist, bleibt die offene Frage, mit der sich der Reichstag und insbesondere die sozialistischen Parteien bei der Vorlage der neuen Besoldungsordnung zu beschäftigen haben.

Unternehmer gegen den 9. November.

Gewerkschaftsartikel und Betriebsrätevollversammlung in Chemnitz hatten einstimmig, das Stadtverordnetenkollegium gegen die Vertreter der Rechtsparteien, beschlossen, den 9. November durch Arbeitsruhe als Gedenktag der Revolution zu feiern; es soll an diesem Tage eine Demonstration veranstaltet werden.

Auf Anschreiben des Gewerkschaftsartikels antworteten sämtliche Unternehmerorganisationen fast gleichmäßig, daß sie nicht in der Lage seien, der Anregung zu entsprechen. Grundtätlich würden gesetzliche Feiertage eingehalten. „Der 9. November ist aber kein gesetzlicher Feiertag; die Firmen unseres Verbandes halten deshalb ihre Betriebe an diesem Tage offen.“

Die Arbeiterschaft des Chemnitzer Bezirks wird aber trotz der feindseligen Haltung des Unternehmertums den Revolutionstag feiern.

Deutschnationale Schmutzfinfen.

Während des Reichstagswahlkampfes 1920 wurde bekanntlich das Haus des Genossen Scheidemann in Kassel durch Substanz beschmutzt und beschädigt. Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, als Täter zwei im Alter von 18 und 19 Jahren stehende Söhne eines deutschnationalen Schuhmachermeisters namhaft zu machen. In der gestrigen Hauptverhandlung gegen die Angeklagten vor der Kasseler Strafkammer stellte die Verteidigung einen Antrag, auf Grund dessen das Gericht trotz Widerspruch des Staatsanwalts und des als Nebenkläger zugelassenen Genossen Scheidemann den Prozeß vertagte. Schon heute kann jedoch als Ergebnis dieses Prozesses festgestellt werden, daß sich die Kasseler Rechtsparteien schulentlassener junger Burschen bedienen, die vom Deutschnationalen Parteisekretariat mit Material ausgestattet werden, um es in einer Weise zu benutzen, die tiefbeschämend ist, und die durch die Besetzung der Wohnung unseres Genossen Scheidemann genügend gekennzeichnet ist.

Schluß des französischen Parteitages.

Für eine einzige Internationale.

Paris, 2. November. (W.Z.) Der Sozialistenkongreß hat gestern Abend seine Arbeiten beendet. In der letzten Sitzung erstatteten die eingeleiteten Ausschüsse über soziale Gesetzgebung, auswärtige und innere Politik Bericht. Zur Außenpolitik wurde eine Tagesordnung angenommen, das Bureau von Wien möge sich mit der Labour Party in Verbindung setzen, um alle den Internationalen von Wien, London und Moskau angeführten Organisationen aufzufordern, eine Einheitsfront des Proletariats herzustellen und so die Gründung einer Interparlamentarischen

Gruppe ins Auge zu fassen zum Zweck gemeinsamen parlamentarischen Vorgehens. Zur Frage der inneren Politik lagen drei Tagesordnungen vor. Die erste bezieht sich auf die allgemeinen Grundzüge der Partei, die zweite auf die allgemeine und die dritte auf die Wahlpolitik. Erst ein späterer Kongreß soll die bei allgemeinen Wahlen zu befolgende Taktik festsetzen. Auf alle Fälle solle aber im ersten Wahlgang die Partei ihre Anstrengungen auf die eigenen Kandidaten verwenden und im zweiten Wahlgang ihre Stimmen demjenigen Kandidaten geben, der dem Kandidaten der Reaktion am sichersten eine Niederlage beibringen könne. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Aus einer Äußerung des Pariser Gewerkschaftsorgans „Peuple“ am Tage des Zusammentritts des französischen Parteitages ging deutlich hervor, daß ein großer Teil der französischen Sozialisten mit der auch von uns bemängelten Haltung der Delegierten der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft auf der jüngsten Londoner Annäherungskonferenz mit der englischen Arbeiterpartei sehr unzufrieden ist. Namentlich wird Longuet zum Vorwurf gemacht, daß er eine sofort erreichbare internationale Einigung aller Sozialisten seiner unglücklichen Liebe für die Kommunisten geopfert habe.

Der Verlauf des soeben beendeten Parteitages hat die Richtigkeit dieser Mitteilung des Gewerkschaftsblattes bestätigt. Allein die Tatsache, daß mehrere Vertreter von Parteien, die der Zweiten Internationalen angehören, wie de Broquère-Belgien, Van Kol-Holland, Engberg-Schweden, Tom Shaw-England, Tcheretkoff-Georgien, auf dem Kongreß erschienen und mit stürmischem Beifall begrüßt wurden, beweist, daß man sich in der französischen Partei keineswegs mit der jetzigen und unfruchtbarsten Halsstarrigkeit des Wiener Exekutivkomitees identifiziert. Bezeichnend ist auch folgende Einzelheit, die wir aus einem Bericht des „Temps“ entnehmen: Die Rede Ledebours wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen; nur eine Stelle wurde sehr kühl aufgenommen, als er nämlich die Haltung des Wiener Exekutivkomitees in London zu rechtfertigen versuchte.

Der Antrag Grumbachs, der auch den von Renaudel entwickelten Gedankengängen entspricht, ist ein nicht ungeschickter Schachzug, der den Zweck verfolgt, den Fehler von London möglichst bald wiedergutzumachen, ohne jedoch Longuet, Ledebour, Adler und Genossen formell zu desavouieren. Daß die Moskauer auf eine Einladung zur Entsendung von Delegierten in diese gemischte internationale Kommission bestenfalls mit ein paar Grobheiten antworten werden, daran zweifelt wohl niemand.

Aber im Gegensatz zum Londoner Beschluß der Internationale 2 1/2 ist der Antrag so gemeint, daß, wenn die Kommunisten nicht mitmachen wollen, daß sich dennoch mit der Zweiten Internationale einigen müsse. Grumbach sagte in seiner Rede, als er seinen Vorschlag unterbreitete:

„Gründen wir schnellstens ein Komitee, bestehend aus Delegierten der Parteien der Zweiten Internationale, der Wiener Organisation und sogar der Moskauer Organisation; es werden ihm eben nur diejenigen nicht angehören, die ihm nicht betreten wollen.“

Wir begrüßen die Annahme des Antrages Grumbachs als eine erfreulich rasche Wiedergutmachung des Londoner Fehlers des Wiener Exekutivkomitees. Wir zweifeln nicht daran, daß die angeregte erneute Besprechung mit der englischen Arbeiterpartei demnächst stattfinden und diesmal zu einem positiven Einigungsergebnis führen wird.

Auch der Bildung eines interparlamentarischen Komitees dürfte nichts im Wege stehen. Wir würden die Schaffung einer solchen Institution um so mehr begrüßen, als es sich da um eine schon vor Monaten von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dem Exekutivkomitee der Zweiten Internationale unterbreiteten Anregung handelt.

Der deutsche Konsul in Jerusalem, Dr. Kopp, ist dort eingetroffen. Seine Amtsgeschäfte läßt er vorläufig im Gebäude der spanischen Botschaft aus.

Gerhart Hauptmann: „Peter Brauer“.

Lustspielhaus.

Gerhart Hauptmann schrieb schon vor zehn Jahren die tragische Komödie des Malers, der in Großmühsigkeit und Soff verkonnt. Es war ein Gegenstück oder vielmehr eine Vergrößerung zum „Kollegen Crampton“ und auch zum „Michael Kramer“. Crampton funktelt noch im Genie, der alte Kramer hat noch das Recht, seine Verbitterung und Menschenreue am Schmiergerüst der Moral abzumessen. Peter Brauer glüht innerlich nur nach Alkohol und Lohndel. Ueber die Kleidererei von Frauen ist er nicht hinausgekommen. Er ist nicht einmal ein verflumpftes Talent, sondern bloß noch ein Lump. Aber was für einer! Ein Hauptmannscher mit Liebesaugen gesehen, ausgeleert und ausgefüllt mit unendlicher Geduld, einfarbig mit einer Psychologie und ergebenden Humoristik, die nicht zu überreifen sind. „Peter Brauer“ wurde darum zur sympathischsten Charakterstudie. Die Tragikomödie wurde darum auch zum miserablen, fast dilettantisch aufgebauten Theaterstück.

Alle Teilnahme des Dramatikers wirt sich auf diesen einen Menschen. Peter Brauer wird rundherum, sagen wir mit kostbarer Revellität beglitzert. Es bleibt nicht viel für die anderen übrig, die neben ihm noch auf der Bühne stehen. Frau, Sohn, Tochter, Gastwirt, Möbelhändler, Oberkellner, fliegendes Photograph, Stammtischrunde, gebildet aus Gutsherren usw., all das sollte von Peter Brauer in Bewegung gesetzt werden. Dabei steht es still und ist überflüssig oder zu blaß.

Peter Brauer, der nur veräucherte Wirtshausbilder anstreicht, schmuzzelt: Velasquez, Rembrandt, Samtjacke, Füßelbinde, Schlapphut. Dann muß er mit der Palette vagabundieren, der Frau Geld abschwindeln, sich auf die Bahn setzen. Er prahlt: Der große Lustpaillon auf dem schlesischen Schloß ist anzumalen. Natürlich ist alles Schwindel. Im schlesischen Wirtshaus wird er beinahe Zechpreller, liegt er ohne Hemd im Bett, weil das einzige, das er selber wusch, nicht trocken wurde. Ja, Donner, Doria, Herr v. Behoimb, glaubt in dem Kerl sein Genie entdeckt zu haben. Peter soll das Stammschloß ausmalen, wird bewirtet, bezahlt, begnügt von oben, von unten bedient. Er kann Frau, Tochter Sohn nachkommen lassen. Die Flaschenbatterie wird vorher verdeckt. Ergreifend große, herrlich gesunde Szene, wie sich die verhärmte, ungläubige Frau doch beschwähnen läßt und den Kopf wieder jungfräulich zum Kusse zurückbeugt. Bald bricht alles ein. Brauers Gönner sehen sich sein Werk an. Er hat kaum etwas geschmiert. Alle haben recht gegen ihn. Arterienverkalkung, gesteigert durch Soff. Und über aller Verflumptheit die bewunderungswürdige Liebe des Dichters.

Trotzdem wurden alltägliche Gesehe der Bühne vernachlässigt, Nebendinge wurden ins Unendliche ausgebeutet. Es fehlte die Dekonomie, es fehlte die letzte Form. Der Theaterunternehmer drängte sich heran, um mit der unserigen Skizze zu spekulieren.

Er spekulierte richtig mit Jacob Tiedtke, dem Schauspieler Brauers. Von der Aufgedonntheit im Kletter bis zum letzten Knack, der den Schlagfluß vorbereitet, leistet Tiedtke Außergewöhnliches. Das Mimische, das geplusterte Behen, das Pochen der Zigarre, das Niederlegen des geschwollenen Lides auf das pfliffige, schließlich ausgeflachte Auge, alles kleine Züge, aber das Raffale sind treueste Nachschöpfung der Hauptmannschen Idee. Dann der Triumph in der Stimme und die Zustungen im Kehlkopf und endlich das Schleimen in der Verzweiflung, alles große Kunst. Die übrigen Künstler, die durch das heut übliche Wechselgeschäft von Theater zu Theater besorgt wurden, selbst Valentin und Biensfeldt, blieben in ihrer Routine. Rag Hochdorf.

Die Buchausgabe ist im Verlage S. Fischer erschienen.

Tanz unter der Linde. Aus der Nähe von Herfeld wird der „Köln. Zeitung“ geschrieben: Tanz unter der Linde — gibt es das noch in deutschen Landen? Jawohl! „Kirmes im Ort, und unter der Linde wird getanzt.“ sagte mein Gastwirt. Ich dachte an die Szene im Faust und ging, mir's anzusehen. Da fand ich denn auf dem mächtig großen Dorplatz, von feststehenden Bänken umschlossen und von Linden überschattet, deren größte und schönste in der Mitte des Platzes ihre Äste ausbreitete, das junge Bälchen im Schweiße des Angesichts und in einer dicken Staubwolke sich um die Linde drehen. Doch damit die Faustillusion vollkommen sei, fehlte auch die entsprechende Tracht nicht. Aus Inleburgen, weiten Röcken, die die Gestalten der Mädchen tonnenförmig umgaben, guckte eine Handbreit das weiße Hemd hervor, dann folgten ein Paar weiße Strümpfe mit schon gelähmten Strumpfbändern und ein Paar derbe Schnalenschuhe. Den Kopf zierte ein winzig kleines, rotes, schwarzes oder blaues Käppchen mit handbreiten schwarzen Seidenbändern, die, unter dem Kinn zur Schleiße gebunden, auf ein bunt seidenes Halstuch fielen und im dunklen Nieder endigten. Doch das kostbarste war die Schürze, die den unglaublich weiten Rock beinahe ganz verdeckte. Sie bestand aus schwerem buntgemusterten Seidenbrokat, gold mit blau oder grün, rot mit schwarz und allen möglichen lebhaft schillernden Farben und Zeichnungen, durch ein breites Band in der Grundfarbe des Stoffes am Gürtel befestigt und in langer Schleiße endigend. Diese Schürzen sind der Stolz der Trägerinnen; ihr Preis schwankt zwischen 200 und 800 Mark. Wahrscheinlich, auch eine Ritterdame brauchte sich beim Einzug der Sänger in die Wartburg des Stoffes nicht zu schämen. Die männlichen Tänzer waren in alltäglicher Tracht, wie in rheinischen Landen. Man tanzte mit ordentlichem Ködschwenken durchschnittlich die alten Tänze, auch darin Faust. Des einzig Moderne dabei war, daß die Herren beim Tanz den ausgestreckten rechten Arm ihrer Tänzerin zwischen dem Daumen und Zeigefinger trugen und auf dem Rücken sie nur mit dem Rücken des Daumens hielten, was geradezu pudig wirkte bei den derben Bauernmäulern.

Vom Bau der Großschiffahrtsstraße Rhein—Main—Donau. Ueber den Bau der Großschiffahrtsstraße Rhein—Main—Donau ist schon so manches mitgeteilt worden, nur über die zeitliche Dauer

dieses Riesenwerkes nicht. Nun ist diese Frage gelöst. Der erste Bauabschnitt umfaßt die Strecken Aschaffenburg—Würzburg und Regensburg—Passau (Niederwasserregulierung), außerdem den gleichzeitigen Ausbau der 15 Kraftstufen an diesen beiden Flußstrecken. Am Ende dieses Bauabschnittes, für den eine Zeildauer von 6 bis 7 Jahren vorgesehen, werden also die Großschiffahrt von 1200 bis 1500 Tonnen mal aufwärts bis Würzburg und donauaufwärts bis Regensburg vordringen können. Da aber Hand in Hand mit dem Ausbau dieser Flußläufe auch der Ausbau der Kraftstufen geht, die jährlich 360 Millionen Kilowattstunden zu erzeugen vermögen, so dürfte am Ende dieses Bauabschnittes, also voraussichtlich 1928, die Elektrifizierung Süd- und Mitteldeutschlands vollendet sein. Von da ab wird die Kohle in diesen Gegenden Deutschlands entbehrlich werden.

Das Ende der englischen Wetten. Der Vordoberrichter von England hat kürzlich ein Urteil erlassen, das der englischen Nationalleidenschaft des Wetters einen schweren Schlag verleiht. Die aufsehenerregende Entscheidung erklärt es nämlich für unzulässig, verlorenere Wetten durch Schecks zu bezahlen, und führte zur Begründung aus, daß für Wetten das gleiche Recht gelten soll, wie für Hofarbspiele, Bücher und andere vom Gesetz als unmoralisch betrachtete Geschäfte. Daher habe derjenige, der eine Wette bezahlt hat, das Recht, sein Geld zurückzufordern. Die Gleichstellung von Spiel und Wette entspricht ja auch dem deutschen Recht, das allerdings nicht so weit geht, für eine schon erfolgte Leistung allein deshalb, weil sie auf Grund von Spiel oder Wette geschehen ist, einen Rückforderungsanspruch zu gewähren. Man kann sich nun denken, welche Beunruhigung diese richterliche Entscheidung in einem Lande herbeigeführt hat, wo die Wettleidenschaft in üppigster Blüte steht, und wo man selbst kleine Beträge nur mit Schecks zu bezahlen pflegt. Man spricht von Hunderttausenden, ja von Millionen von Pfund Sterling, die infolge von Wetten verloren worden sind und auf Grund dieses Urteils zurückverlangt werden können. Eine besonders schwierige Lage bedeutet die vielbesprochene Entscheidung für die Buchmacher. Einem von ihnen ist auch schon eine Klage gestellt worden, durch die der Testamentsvollstrecker eines verstorbenen Kunden 4000 Pfund Sterling Wettdelver, die jener gezahlt hatte, zurückverlangt. Die Buchmacher erklären, daß sie samt und sonders zahlungsunfähig werden müssen, wenn sich ihre Kunden dieser Rechte bedienen.

Losset die Gebeine ruhen. Aus Ravenna wird gemeldet: Als Abschluß der Erinnerungsfeste ließ das Bürgermeisteramt einige Bruchstücke von Dantes Gebeinen, die im Jahre 1885 verschwunden waren. — Man sollte diesen Knochenkultus endlich aufgeben und die Gebeine zur Ruhe lassen. Wenn nun irgendein Gelehrter behauptet, es wären gar nicht Dantes Gebeine? Dann würde das selbe Schauspiel losgehen, das wir bei dem wissenschaftlichen Kampf um Schillers Schädel erlebt haben.

Prof. Franz Eilhard Schulze, seit 1884 Professor der Zoologie an der Berliner Universität, ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Er ist der Begründer des Berliner Zoologischen Instituts.

Drohung für den Putzfall.

Zu der in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten **Warnungsnotte** der Vorkonferenz an die deutsche Regierung, worin diese für etwaige in Oberschlesien ausbrechende Unruhen als „in hohem Maße verantwortlich“ erachtet wird, erfahren wir, daß eine gleichlautende Note auch an die polnische Regierung gerichtet worden ist. Dadurch verliert dieses Dokument zweifellos viel von seiner Schärfe und ist dem Schritt der Vorkonferenz formale Korrektheit nicht abzusprechen.

Der Senat fordert Rechenhaft.

Paris, 2. November. (CP.) Der Pariser „New York Herald“ meldet aus Washington: Der Senat hat gestern eine erregte Sitzung infolge der Interpellation des Senators Watson, der Entschuldigungen über die summierten Todesurteile und die unmensliche Behandlung, die die amerikanischen Soldaten in Frankreich zu erdulden hatten, machte. Eine Kommission von 5 Mitgliedern ist ernannt worden, um die Untersuchung einzuleiten.

Sacco-Vanzetti.

Eine neue Verhandlung gegen die beiden italienischen Gewerkschaften hat begonnen und der Richter wies zu Beginn jeden Verdacht der Parteilichkeit entrüstet von sich. Das Todesurteil der ersten Instanz hatte ausgeführt, die Schuld der beiden an der Ermordung und Beraubung des Geldboten sei nicht nachgewiesen, aber bei ihrer Richtung sei ihnen schon etwas zugutrauen, und man müsse ein Beispiel statuieren.

Washington, 1. November. (W.B.) Das Justizdepartement hat eine Untersuchung wegen der von den Extremisten in der Angelegenheit Sacco und Vanzetti geäußerten Drohungen angeordnet.

Washington, 2. November. (CP.) Das Justizdepartement hat eine Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, ob die Attentate, die in Paris, Lissabon und in anderen Städten gegen die Vertreter der Vereinigten Staaten versucht worden sind, nicht von in Amerika ansässigen Kommunisten angeordnet worden sind.

Buenos Aires, 2. November. (CP.) Das amerikanische Konsulat hat verschiedentlich Drohbriefe erhalten, die alle den Protest gegen Sacco und Vanzetti zum Gegenstande haben. Das Konsulat wird von der Postzeitung Tag und Nacht bewacht.

Fremde Arbeitskräfte für Frankreich.

Paris, 2. November. (EE.) Die Regierung wird der Kammer demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Schaffung eines eigenen Departements im Auswärtigen Amt vorsieht, das darauf zu bringen hat, daß die Zuzwanderung fremder Arbeitskräfte keine Zunahme der Arbeitslosigkeit herbeiführen darf. Man nimmt an, daß Frankreich gegenwärtig etwa 1 600 000 auswärtiger Arbeiter beschäftigt hätte, während deren Zahl vor dem Kriege nur 600 000 betrug. Die Zahl der Arbeitslosen wird in Frankreich heute auf 16 400 (?) geschätzt.

Deutsche Arbeiter für das Sommegebiet?

Paris, 2. November. (EE.) Zu dem Besuch der deutschen Abordnung im Sommegebiet erfährt man, daß nunmehr 2500 deutsche Arbeiter in dieses Gebiet abgeordnet werden sollen. Die Finanzpläne für diese Arbeiten sind noch nicht ganz erledigt, sollen aber Loucheur heute vorgelegt werden.

Der König unter Militärzensur.

Der Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, **Elliher**, teilt in der Wochenschrift „Die Menschheit“ mit: Der Friedensgesellschaft stand Wilhelm zu Württemberg nicht fern. Während des Krieges stellte er unser Sekretariat in Stuttgart Räumlichkeiten zur Verfügung und bezahlte unser Telefon aus seiner Privatschatulle. Als König Wilhelm während des Weltkrieges einmal einen Brief an den Schreiber dieser Zeilen richtete, wurde dieser Brief von der militärischen Zensur bezeichnet und nicht geöffnet, obwohl er durch das Kabinetssekretariat durchgezeichnet war. Irgendwo in Stuttgart mußte also ein militärischer Söldling sitzen, der von Berlin Befehl hatte, die Briefe des württembergischen Königs zu durchschneiteln.

Als kürzlich dieser ehemalige König starb, stimmte die nationalkonservative Presse eine große Klage über den Enthronen an. Es sind dieselben Kreise, die ihn vor dem als verdächtig behandelte und unter Militärzensur gestellt hatten.

Ein schöner Gemeinderatswahltag ist aus Auerwalde bei Chemnitz zu melden. Eine sozialdemokratische Mehrheit ist das Ergebnis guter Wahlarbeit der Parteigenossen. Das Ergebnis ist um so höher zu bewerten, als die U.S.P. mit der K.P.D. zusammen eine Liste aufgestellt hatten. Es erhalten noch dem Ergebnis der Wahl Stimmen und Sitze: SPD 496 (8 Sitze), Vereinigte U.S.P. und K.P.D. 174 (2 Sitze), Parteilose Liste 151 (2 Sitze) und Landwirtschaftliche Liste 191 (3 Sitze).

Preißenmord in Oberschlesien. Ezpriester Strzygony aus Mosurau, Kreis Kojel, ist in der Nacht zum 1. November erschossen worden, als er vom Beichtstuhle nach Hause gehen wollte. Zwei Banditen feuerten acht Schuss auf ihn, wovon ihn drei Schuss in den Kopf und ein Schuss in das Herz trafen. Dem Banditen ist man auf der Spur.

Wirtschaft

Millardenumsatz bei der G.O. Die Umsätze der Grobhandelsvereine Deutschlands (Deutscher Konsumverein m. b. H., Hamburg, in den ersten drei Quartalen des Jahres 1921 gestiegen wie folgt: Der Gesamtumsatz betrug von Januar bis September dieses Jahres: 1 431 682 978,89 M., von Januar bis September 1920: 775 750 200,33 M., mithin 1921 mehr 656 182 778,56 M., also 84,6 Proz. Der Umsatz in selbstverfertigten Erzeugnissen betrug von Januar bis September 1921 auf 1 45 532 879,37 M., von Januar bis September 1920 auf 109 434 526,13 M., mithin 1921 mehr 36 098 353,24 M., also 33,0 Proz. In Wismar wurde ein neuer Lagerbetrieb der Großhandelsvereine eröffnet. Auch in Ostpreußen hofft man, daß der Konsumdenkungsgebäude sich ebenfalls Bahn brechen wird wie im übrigen Deutschland, trotz der Abschwächung zum Mutterlande durch den polnischen Korridor und trotz der großen Verkehreshemmnisse, unter denen Ostpreußen zu leiden hat.

Zum Kapitalverkehrssteuerungsgebot hat Genosse Keil für die Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der die Erhöhung der Wertpapierumsatzsteuer und der Devisenumsatzsteuer beschließt durchzuführen beabsichtigt. Da die nach den Beschlüssen der Reichsregierung und der Unabhängigen beabsichtigten Erhöhungen der Börsensteuer erst später in Kraft treten können, die Spekulation aber so rasch als möglich zur Besteuerung herangezogen werden soll, schloß Genosse Keil vor, das Reich zu ermächtigen, in dem Reichssteuergesetz eine Erhöhung der Steuer vorzunehmen, so daß Aktien im Kundengeschäft bis auf 1 vom Hundert (bisher 3 vom Tausend) besteuert werden können. Ebenso soll eine Devisensteuer, die bis auf 1 vom Hundert betragen kann, mit Hilfe des Reichsstempelsgesetzes in Geltung kommen.

Groß-Berlin

Freibier für den Schiffsführer.

Die Schuldfrage in anderer Beleuchtung.

Das bedauerliche Unglück auf dem Wannsee wird in der Berliner Presse mit großer Gründlichkeit erörtert. Dabei spielt insbesondere die Schuldfrage eine Rolle. Mit der sich die Sachverständigen sehr eingehend beschäftigen. Der Staatsanwalt, der in anderen Fällen viel weniger energisch ist, hat diesmal schnell zueingeworfen, und es gibt niemanden, der den in Frage kommenden Schiffsführern nicht einen gewissen Anteil an der schweren Schuld zumißt.

Was bisher bei dem bedauerlichen Unglücksfall als Tatsache festzustellen scheint, ist lediglich das eine, daß der Führer des „Kaiser Wilhelm“ einen falschen Kurs steuerte oder richtiger gesagt, daß er entgegen den bestehenden Vorschriften über das Ausweichen von Schiffen falsch manövrierte. Darüber wird er sich in der Hauptsache zu verantworten haben, und die Last, die ihm damit auf die Schulter gelegt wird, ist gewiß nicht leicht. Der Mann kann dadurch seinen ihm gewöhnten Beruf verlieren. Es ist ein billiges Vergnügen, ihm jetzt noch allerhand unbewiesenes und schwer zu beweisendes Zeug nachzureden. Es haben auch, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, noch andere Umstände bei dem Unfall eine Rolle gespielt, die bisher nur nebenher erwähnt wurden, die jetzt einmal mehr unter die Lupe genommen werden sollen.

Da ist zunächst der schwere Vorwurf, daß die beiden Führer des „Kaiser Wilhelm“ betrunken gewesen seien. Es ist gewiß durchaus verwerflich, wenn Männer in verantwortungsvollem Beruf sich so welt vergehen und es mildert nicht die Schuld, wenn es so gewesen sein sollte. Aber das Bild scheint dann doch ein anderes zu sein. Dem Richter gegenüber sind die beiden Männer auch dann noch die allein Schuldigen. Aber die Deffenlichkeit sollte dann wenigstens die moralische Schuld derjenigen feststellen, die es über sich bringen konnten, die in einem der schwersten und verantwortlichsten Berufe stehenden Männer während der Ausübung ihrer Berufspflicht betrunken zu machen und damit eine öffentliche Gefahr zu schaffen. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß es bei den Gesellschaftsfahrten an Bord der Schiffe auf den märkischen Gewässern immer noch hergeht und daß sich die üble Gewohnheit herausgebildet hat, auch dem Fahrpersonal ein reichlich Maß von Alkohol zuzuführen zu lassen, und vielfach wird es als Unhöflichkeit oder gewollte Unfreundlichkeit ausgelegt, wenn die Annahme verweigert wird. Und das Schiff hatte ja vorher eine solche Gesellschaft an Bord gehabt.

Merkwürdig behauptet der Potsdamer Nachklub in seiner schriftlichen Erklärung, daß die Schiffsführer zurzeit des Anlaufens in Wannsee noch vollkommen nüchtern gewesen seien. Zwischen der Ankunft und der Abfahrt des Dampfers in Wannsee liegt aber ein Zeitraum von mehr als einer Stunde. Immerhin bestreitet auch die Erklärung des Potsdamer Nachklubs nicht, daß dem Schiffpersonal „einige Glas Bier“ zur Verfügung gestellt wurden. Das ist sehr dehnbar. Wenn der Vorsitzende ein unsachgemäßes Passieren der Socrower Fähre nicht bemerkt hat, so kann man, wenn man boshaft sein will, sogar daraus schließen, daß er infolge des Genusses „einiger Gläser Bier“ nicht mehr zu einer objektiven Beobachtung fähig war. Wenn bei Gesellschaftsfahrten dem Schiffpersonal Alkohol angeboten wird, ist das stets als unverantwortlich zu bezeichnen, und wenn sich dann ein Unglück ereignet, fällt die moralische Mitschuld auf solche Gesellschaften. Das geltende Recht hat dafür allerdings noch kein Verständnis.

Ob die Sternendampfer immer ordnungsmäßig besetzt waren, mag dahingestellt sein. Aber eins steht fest, daß sehr viele Besätze von erstenklassigen Motorbooten, Segelbooten usw. ständig ohne Licht fahren, auch wenn von Rindbuchen keine Rede sein kann, obwohl auch das keine Entschuldigung ist und das diese Herrschaften es bitter nötig hätten, erst einmal in bezug auf Ausweichregeln und sonstige Fahrgewohnheiten eine gründliche Fertigkeitprüfung abzulegen, ehe sie in wildem Drange auf das freie Wasser gehen und das große Publikum gefährden.

Freilassung der verhafteten Schiffsführer.

Die beiden verhafteten Schiffsführer **Richardmann** und **Goldmann**, die gestern noch eingehend von der Staatsanwaltschaft vernommen worden sind, wurden im Laufe des Nachmittags wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Freilassung der beiden Verhafteten scheint nun auch zu bestätigen, daß die Untersuchung nun so weit gediehen ist, daß die Schuldfrage geklärt werden kann.

Die Arbeit der Taucher.

Mit Rücksicht auf die von einem Taucher geäußerte Vermutung, daß die Kajüte des gesunkenen Dampfers „Storkow“ nicht die Leichen aller noch vermisten Fahrgäste in sich bergen und daß infolgedessen noch weitere Opfer in der Havel treiben müssen, ist vom Reichswaterbauamt Potsdam der bisherige Beobachtungsdienst noch verstärkt worden. Ununterbrochen haben die Motorboote des Reichswaterbauamtes gestern nachmittags und heute nacht mit Scheinwerfern die Wasseroberfläche abgesehen. Bei Tagesanbruch wurden die Havelufer und das Schiff noch einmal sorgfältig nach etwa angeschwemmten Leichen abgesehen, doch blieben alle Bemühungen bisher erfolglos. Am heutigen Mittwoch vormittag wurden dann in Gegenwart der Vertreter der Behörden und der Stern-Gesellschaft die gestern nachmittags wegen des schlechten Wetters abgebrochenen Taucharbeiten fortgesetzt. Ueber ihr Ergebnis liegen zur Stunde noch keine Meldungen vor.

Spanische Millionen.

Wie wir bereits meldeten, ist es der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums gelungen, zwei Spanier zu verhaften, die den Warden dem spanischen Ministerpräsidenten Dato ausgeführt haben sollen. Es handelt sich um **Luis Nikolaus Fort** und **Lucia Inaquina Concepcion**. Die Verhaftung war bereits am 29. Oktober erfolgt, wurde aber von der Berliner Polizei geheimgehalten, da man hoffte, noch weiteren Beteiligten auf die Spur zu kommen. Die Verhafteten, die spanischen Syndikalistenkreisen angehören, begaben sich über Barcelona und Paris nach Berlin, wo sie am 25. Oktober eintrafen, und in der Wohnung eines neumöblierten Kommunisten Unterschlupf fanden.

Die Radikale Regierung hatte befalligt auf die Ergreifung der Mörder eine Belohnung von 1 Million Pesetas ausgesetzt, was nach heutigem Kurs etwa 24 Millionen Mark ausmachen dürfte, wovon der größte Teil den Beamten der Berliner Polizei zufließen wird, denen die Festnahme der beiden Spanier gegolten ist. Der andere Teil der ausgeetzten Belohnung fällt auf die Ergreifung der noch nicht ermittelten, am dem Warden ebenfalls beteiligten Personen.

Auslieferung des Mörders Dato? Die spanische Botschaft in Berlin bestätigt die Nachricht von der Verhaftung **Luis Nicolaus**, des Mörders Dato. Eine Auslieferungsforderung soll der deutschen Regierung zugehen. Der Mörder hatte sich nach in den letzten Tagen in Barcelona aufgehalten, sich aber dann über Frankreich nach Berlin begeben.

Verbrechen?

Die Dienststelle B1,20 der Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich zurzeit mit einem Todesfall, dem ein Verbrechen zugrunde zu liegen scheint. Am vergangenen Sonntag, morgens um 5 Uhr, wurde in der Greifswalder Straße, an der Ecke der Danziger Straße, gegenüber der städtischen Gasanstalt, ein Mann mit zertrümmertem Schädeldecke bewußtlos aufgefunden. Er wurde nach dem Kronenhaus am Friedrichshagen gebracht, wo er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstarb. Der Tote wurde festgestellt als der 47 Jahre alte Arbeiter **Friedrich Ergleben**, der aus Frankfurt a. O. stammt und hier in der Georgenkirchstr. 4 wohnte. Ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, kann noch nicht gesagt werden. Die Leiche wurde dem Schauhaus überwiesen und wird dort heute nachmittag obduziert. Zur Aufklärung des rätselhaften Falles werden alle Personen, die über die Todesursache des Mannes irgendwelche Angaben machen können oder über seinen letzten Aufenthaltsort, gebeten, sich bei Kriminalkommissar Geißel im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Schneller aus- und einsteigen!

Der infolge der Ueberlastung der S-Bahnstrecke auf der Stadtbahn durch das außerordentliche Anwachsen des Verkehrs erforderlich gewordene 2½-Minutenverkehrs bedingt für die pünktliche Durchführung des Eisenbahnverkehrs nur kurzen Aufenthalt der Züge auf den einzelnen Stationen. In den Hauptverkehrszeiten, zwischen 7 und 9 Uhr vormittags und zwischen 2 und 5 Uhr nachmittags, treten nun regelmäßig Ruckverpätungen auf, die vermieden werden könnten, wenn die Züge auf den einzelnen Stationen schneller zur Abfahrt bereit wären. Die Ausrüstung der Züge wird jedoch in vielen Fällen durch die Reisenden selbst stark verzögert, und zwar dadurch, daß sie z. B. beim Einsteigen, tropfen in den Wagen noch reichlich Platz vorhanden ist, noch nach Abteilen suchen, in denen vielleicht noch weniger Reisende sitzen oder noch ein Fensterplatz usw. frei ist. Die einmal vorhandene Verpätung von nur wenigen Sekunden versetzt sich dadurch, daß der folgende Zug vor dem Einfortrittsignal halten muß, auf die folgenden Züge fort und verzögert sich hierbei davor, daß ein pünktlicher Zugverkehr nicht mehr möglich ist. Diese Verpätungen bringen für viele Reisende beträchtliche Unquemlichkeiten, wie Veräumen von Anschlüssen usw., mit. Außerdem betonen sie aber unnötig den Eisenbahnbetrieb, da jedes Anfahren eines Zuges einen Mehrverbrauch von Kohlen bedeutet. Im Interesse der Reisenden und der Allgemeinheit wäre daher eine Beschleunigung des Einsteigens dringend geboten.

Erhöhung der Autodrohkentage auf das Fünfzehnjährige. In der heutigen Magistratssitzung wurde dem Vorhabe des Polizeipräsidiums auf Erhöhung der Tage des Benzintrafikstrafgesetzes auf das Fünfzehnjährige des Friedenspreises vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs zugestimmt. Dem Antrage auf gleichzeitige Erhöhung der Fahrpreise bei den Elektrodrohkarren wurde jedoch nicht beigegeben. Bei diesen bleibt es also vorläufig bei den zehnmaligen Friedensstage.

50jähriges Berufsjubiläum. Am 31. Oktober feierte unter Genosse der Schriftsetzer **Hermann Kettermann**, im Kreise seiner Kollegen, deren langjähriger Vertrauensmann er ist, sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Die Kollegen der Firma **Wstein & Co.** schrieben dem Jubilar durch eine Feier, bei der ihm Geschenke überreicht wurden. Der Gesangsverein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, **„Typographia“**, deren Mitglied Kettermann seit 42 Jahren ist, verleierte die Feier durch Gesangsbeiträge. Die Genossen der 9. (37.) Abteilung wünschden dem Arbeitseteranen einen heiteren und sorgenfreien Lebensabend.

Baumarbeiten in der Bergstraße in Neukölln machen es erforderlich, die Wagen der Straßenbahnlinien 7, 15, 47, 48, 1 bis auf meiste in beiden Richtungen über Richardstraße und Thüringer Straße umzuleiten; die Wagen der Linie C werden nur bis Hohenzollernplatz geführt. Die Umleitung der Linien 7, 15, 27, 47, 48, 53 über **Kaiser-Friedrich-Straße** und **Fuldstraße** wird aufgehoben.

Wissenschaftliche Vorträge über Alkoholismus finden im **Sandhaus** zu Berlin, Wallstraße 20/21 statt, und zwar werden Vorträge **Montag, den 7. Nov., abds 6-8 Uhr, Prof. Gomer-Dallem**, Direktor des Deutschen Vereins gegen Alkoholismus; **Der heutige Stand der deutschen Alkoholfrage. Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Weimann-Berlin**; **Die Alkoholfrage innerhalb der geistigen Erdmammern und Bedürfnisse der Gegenwart**; **Montag, den 14. November, abds 6-8 Uhr, Dr. Hans Dablen**; **Alkoholbelaufung im Ausland, besonders in Amerika**; **Dr. Wally-Berlin**, Referent im Reichsministerium des Innern; **Alkohol und Sport**; **Montag, den 21. Nov., abds 6-8 Uhr, Stuhlensdirektor Voornmann-Oranienburg**; **Alkohol und höhere Schule**; **Amtsgerichtsrat Fr. Schmidt-Berlin**; **Alkohol und Strafrecht**; **Montag, den 28. Nov., abds 6-8 Uhr, Unversitätsprofessor Dr. med. u. Zahnärztl. Direktor des Museums für Völkerkunde, Alkohol und Entartung**; **Prof. Dr. Ludwig Heide-Berlin**, Direktor des Bureau für Sozialpolitik; **Alkohol und Politik**; **Montag, den 5. Dezember, abds 6-8 Uhr, Universitätsprofessor Dr. Rübner-Berlin**, Direktor des Pathologischen Instituts; **Alkohol und Ernährung**; **Geistliche Referent, Alkohol und Trinken-Verhalten**; **Der Besuch der Vorträge ist für jedermann frei.**

Eine Konzert- und Balletaufführung veranstaltet am 4. November abds 7½ Uhr die Orchestergruppe I (Stadttheater) des Deutschen Opern- und Ballettverbandes in der neuen Welt, Palast, zugunsten der Bewaldeten in Oppau. Mitwirkende sind **Herzud Vindernager, Robert Quell, Carl Writcher, Prof. Hugo Hädel** sowie **Chor** und **Ballett** der Stadtoper. **Verkauf** bei **Vote u. Pod, Berthel, Pading-Neukölln** und an drei Abendkassen.

Zentralverband der Angestellten. Die in der Morgenausgabe angelegten Versammlungen finden nicht heute, sondern morgen statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein menia wärmer, zeitweise heiler, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenfällen und frischen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 2. November:

17. Kreis. Die Hotelbesitzer werden ersucht, die Donnerstag, 3. November, mit den Karten zur Buchführung „Kamer als Wähler“ abzurechnen.

18. Abt. 7½ Uhr bei **Wilmann, Weidenburger Str. 1.** Thema: **Die politische Lage und der Städtige Parteitag.** **Hilf. Emil Duschak.**

Morgen, Donnerstag, den 3. November:

11. Abt. **Wilmann, Weidenburger Str. 1.** Thema: **Die politische Lage und der Städtige Parteitag.** **Hilf. Emil Duschak.**

12. Abt. **Wilmann, Weidenburger Str. 1.** Thema: **Die politische Lage und der Städtige Parteitag.** **Hilf. Emil Duschak.**

Aus aller Welt.

Neue Opfer der Novemberstürme.

Der **Hamburger Seeschleppdampfer „Rosand“**, der am Abend des 22. Oktober von Cuxhaven nach Hull abging, und der überfällig war, ist in schwerem Sturm verloren gegangen. Auf der von 11 Mann bestehenden Besatzung befanden sich 4 Mann einer Moorburger Abwarderwert an Bord, die ein Fahrzeug aus Hull nach Moorburg bringen sollten. Das Motorrettungsboot des „Rosand“ ist bei Juffit angetrieben worden. Es ist niemand gerettet worden. „Rosand“ war der stärkste Seeschleppdampfer in Privatbesitz. Der englische Dampfer „Kinross“ ist auf der Nordsee mit einem holländischen Fischereifahrzeug in Kollision geraten, wodurch das Fischerboot sank. Die aus 12 Mann bestehende Besatzung wurde gerettet und ist am Montag in Hamburg gelandet.

